

Nr. 19/63

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs
2. Wahl von vier Mitgliedern des Stiftungsrates der Stiftung „Wohnliche Stadt“
3. Wahl von sieben Vertrauensleuten und sieben Vertreterinnen/Vertretern des Ausschusses zur Wahl der Richterinnen/Richter des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts
4. Ehe für alle!
Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 21. Juli 2015
(Neufassung der Drucksache 19/25 vom 15. Juli 2015)
(Drucksache 19/31)
5. Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. Juli 2015
(Drucksache 19/28)
6. Kann Bremen seinen Verpflichtungen im Bereich Kinderschutz noch ausreichend nachkommen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Juli 2015
(Drucksache 19/30)
7. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Nr. 19/64

Regierungserklärung des Senats zum Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats zum Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ Kenntnis.

Nr. 19/65

Gesetz zur Neuregelung von Zuständigkeiten für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Mitteilung des Senats vom 15. September 2015
(Drucksache [19/70](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung und Kinder (federführend) und die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Nr. 19/66

Patientenberatung muss unabhängig und bürgernah bleiben!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 15. September 2015
(Drucksache [19/69](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) hält eine Vergabe der Patientenberatung an den privaten Gesundheitsanbieter Sanvartis für eine klare Fehlentscheidung. Es besteht die Gefahr, dass die seit 15 Jahren für Patientinnen und Patienten bewährte bundesweit gemeinwohlorientierte Struktur der unabhängigen Patientenberatung zerschlagen wird. Durch die Nähe des künftigen Dienstleisters zu Krankenkassen und der Pharmaindustrie besteht die Sorge, dass bei der Patientenberatung die notwendige Neutralität und Unabhängigkeit nicht gewährleistet werden kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich im Bund und beim GKV-Spitzenverband dafür einzusetzen, dass auch weiterhin eine unabhängige, neutrale, dezentrale und persönliche Beratung für Patientinnen und Patienten gewährleistet wird. Die Beratung ausschließlich durch Callcenter ist abzulehnen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, mit den Akteuren des in Bremen erfolgreich unterhaltenen Beratungsangebots Gespräche darüber aufzunehmen, wie und unter welchen Bedingungen diese bestehenden Beratungsstellen auch ohne zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte aufrechterhalten werden können.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, auf eine Änderung des Sozialgesetzbuches § 65b Absatz 1 dahingehend hinzuwirken, dass künftig die Entscheidung über die Vergabe der Patientenberatung unabhängig von den Krankenkassen erfolgt.

Nr. 19/67

Neubildung eines Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 22. September 2015
(Neufassung der Drucksache [19/50](#) vom 1. September 2015)
(Drucksache [19/79](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die in der Mitteilung des Senats enthaltenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 19/68

Opfer von Stalking wirkungsvoll schützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Juni 2015
(Drucksache [19/8](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/69

„Operation Last Chance“ - Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juli 2015
(Drucksache [19/13](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Die Verfolgung der nationalsozialistischen Massenverbrechen ist ein zentrales Anliegen. Sie hat auch nach 70 Jahren nichts von ihrer Bedeutung verloren und muss mit nicht nachlassender Ernsthaftigkeit fortgesetzt werden. Mit Blick auf die Zunahme von antisemitischen Straftaten würde von erfolgreichen Strafverfahren gegen NS-Täter zudem eine wichtige Signalwirkung von unserem Land ausgehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Strafverfolgungsbehörde in die Lage zu versetzen, die notwendigen Ermittlungen einzuleiten. Alle staatlichen und nicht staatlichen Stellen werden aufgefordert, ihre diesbezüglichen Erkenntnisse der Strafverfolgungsbehörde unverzüglich zur Verfügung zu stellen und
2. der Bürgerschaft (Landtag) über den aktuellen Sachstand etwaiger Ermittlungsverfahren bis zum 31. März 2016 zu berichten.

Nr. 19/70

Schaffung von drogenfreien Bereichen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 8. Juli 2015

(Drucksache [19/17](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/71

Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2015/2016)

Mitteilung des Senats vom 1. September 2015

(Drucksache [19/48](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/72

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 1 vom 11. September 2015

(Drucksache [19/63](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/73

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP

vom 21. September 2015

(Drucksache [19/75](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/74

Änderung der Geheimschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP

vom 22. September 2015

(Drucksache [19/82](#))

Die Anlage 4 (Geheimschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft) zur Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 1. Juli 2015, zuletzt geändert am 22. Juli 2015, wird wie folgt geändert:

§ 10 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „und in einem von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten bestimmten Raum“ durch die Worte „in den Räumlichkeiten der Bürgerschaft“ ersetzt.
2. In Absatz 4 werden die Worte „in der von der Präsidentin bzw. von dem Präsidenten bestimmten Stelle“ ersatzlos gestrichen.
3. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 können Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade STRENG GEHEIM und GEHEIM Mitgliedern von Untersuchungsausschüssen sowie von Gremien, die aufgrund rechtlicher Grundlage regelmäßig geheim tagen, zur Einsichtnahme in ihren Büroräumen ausgegeben werden, sofern diese mit VS-Verwahrgelassen im Sinne von § 22 Verschlussachenanweisung ausgestattet und die Verschlussachen der Bürgerschaft zum Zwecke der Auftrags erledigung dieses Gremiums zugeleitet worden sind. Satz 1 gilt für nach § 6 Absatz 5 ermächtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen entsprechend. Eine ordnungsgemäße Aufbewahrung dieser Verschlussachen und daraus gefertigten Notizen in den VS-Verwahrgelassen ist sicherzustellen. Die Notizen sind nach dem Abschluss der Beratungen der bzw. dem Geheimschutzbeauftragten zum Zwecke der Vernichtung zu übergeben.“